

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: 5/1, 3/1

Siegen, 01.09.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

14.09.2022

Kurzbezeichnung:

Bericht gemäß Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht gem. § 6 Abs. 1 der Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahme zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land NRW zum Stichtag 30.06.2022 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKGB) hat im April 2022 eine Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme) verkündet, die Regelungen zum Umgang mit notwendigen Aufwendungen und Auszahlungen in diesem Zusammenhang trifft.

Gemäß § 6 Abs. 1 KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme hat der Kämmerer dem Rat vierteljährlich über Erträge und Aufwendungen sowie über Einzahlungen und Auszahlungen (einschließlich der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung oder von Krediten für Investitionen) im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden zu berichten. Hierunter fallen auch die Aufwendungen bzw. Auszahlungen, die mittelbar durch die Planung und Umsetzung der für die Schutzsuchendenaufnahme erforderlichen Maßnahmen ausgelöst werden, z.B. Transferleistungen nach dem SGB II und SGB XII, die nach dem Rechtskreiswechsel aus dem Asylbewerberleis-

tungsgesetz (AsylbLG) in die Regelsysteme nach den Sozialgesetzbüchern zum 01.06.2022 resultieren. Die Berichtspflicht besteht erstmals zum Stichtag 30.06.2022 und endet mit Außerkrafttreten der Verordnung zum 31.12.2022.

Der Bericht ist nach § 6 Abs. 2 der Verordnung der Aufsichtsbehörde zuzuleiten. Für die konkrete Umsetzung der Vorgabe nach Abs. 2 bestehen über den Wortlaut hinaus keine weiteren Vorgaben. Ein verbindliches Muster für die Kostenerfassung bzw. Berichterstattung (vgl. § 6 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 der Verordnung) ist bisher nicht vorgesehen.

In der folgenden Aufstellung werden die Erträge und Aufwendungen zum Stichtag 30.06.2022 aufgeführt, die aufgrund teilweiser noch ausstehender Buchungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Erträge	
Bundeszubeisungen	1.520.875,92 €
Landeszubeisungen	1.277.500,00 €
sonstige Einnahmen (Erstattungen, etc.)	64.336,42 €
SUMME	2.862.712,34 €

Aufwendungen	
Grundleistungen	942.634,48 €
Unterkunftskosten (Miete, etc.)	367.299,97 €
Krankenhilfe	624.720,00 €
weitere Leistungen (Bildung und Teilhabe, Geld- und Sachleistungen, Erwerb bewegl. Vermögen)	101.374,24 €
Unterhaltungskosten (Gebäude, bewegl. Vermögen und Bewirtschaftungskosten)	52.481,02 €
Personalkosten	11.456,02 €
SUMME	2.099.965,73 €

SUMME Einzahlungen 1.282.752,35 €

SUMME Auszahlungen 2.035.222,03 €

Die hohe Differenz zwischen Erträgen und Einzahlungen resultiert aus noch nicht realisierten Sollstellungen zum Stichtag. So sind z.B. die Bundesmittel tatsächlich erst im Juli (nach dem Stichtag) eingegangen und werden im nächsten Quartalsbericht zum 30.09. aufgeführt. Kurzfristig war es insofern notwendig, die fehlende Liquidität durch Kassenkredite auszugleichen.

Es ergibt sich (Ergebnis) zum Stichtag 30.06.2022 ein Überschuss in Höhe von ca. 760 T€.

Hier ist jedoch anzumerken, dass nur noch die dritte Tranche der Bundesmittel-Beteiligungen aussteht und somit die Einnahmen in der 2. Jahreshälfte deutlich geringer ausfallen werden. Die Verschiebung der Zuständigkeit von den AsylbLG-Behörden zu den Jobcentern für geflüchtete Leistungsberechtigte aus der Ukraine (sog. Rechtskreiswechsel) zum 01.06.2022 bedingt zwar eine geringere Steigerung der Aufwendungen, jedoch verbleiben z.B. Krankenkosten, Unterkunfts- und Personalkosten. Zukünftig muss die Sozialbehörde voraussichtlich in Vorleistung treten und entsprechende Erstattungsanträge gegenüber den zuständigen Trägern (z.B. Jobcenter) geltend machen, welche dann einen wesentlichen Teil der Erträge und Aufwendungen darstellen.

Aktuell wird ein negativer Saldo in Höhe von 400 T€ zum Jahresende prognostiziert.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

--

gez.

Wolfgang Cavelius
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.